

Eine Aktion des Genossen Severing.

Wann beginnt der Putz von links?

Breslau, 3. Dez. Nach einer amtlichen Mitteilung der Polizei wurden in der Nacht zum 3. Dezember in Sechszowik etwa 150 Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, uniformiert, feldmarschmäßig ausgerüstet und bewaffnet, festgehalten. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers v. Delfen untergebracht, wo die Unterkunft in Sälen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzukommendes Schuttpolizeikommando stellte eine Menge Waffen, darunter scharf geladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Revolver und Schusswaffen aller Art fest. Eine zahlenmäßige Feststellung war bisher nicht möglich, da die noch in der Nacht weiter angestellten Ermittlungen noch fortbauern. Die vorläufig festgenommenen Nationalsozialisten wurden in den frühen Morgenstunden durch Kraftwagen der Schutzpolizei zum Polizeipräsidium geführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfinden. Die Festgenommenen werden noch heute dem Gericht zugeführt.

Gegenüber dieser polizeilichen Mitteilung gibt der nationalsozialistische „Angriff“ eine Darstellung, die von einem regelrechten Feuerüberfall der Polizei auf das Schloß des Herrn von Delfen spricht. Mannschaften der Breslauer Schupo hatten das Rittergut umstellt und sofort Feuer auf Personen gegeben, die aus dem Gebäude kamen und sich nach dem Grund der Aktion erkundigen wollten. Die Polizei habe Netze, Bälle und Jagdwaffen des Schloßherrn beschlagnahmt. Die Polizeiaktion sei auf Grund von Denunziationen erfolgt, da Herr v. Delfen sehr viele Nationalsozialisten in seinem Landwirtschafsbetrieb beschäftigte. Es handelte sich höchstwahrscheinlich um einen Raubakt.

Wertwüchsigerweise kam dann von der Kriminalpolizei ein wesentlich sanfter gehaltener Bericht. Zunächst wird mitgeteilt, daß insgesamt 350 Personen festgenommen wurden. Dann heißt es: Die Festgenommenen bestritten, an einer Feldübungsübung teilgenommen zu haben und geben zum größten Teil an, daß sie einer Einladung des Rittergutsbesitzers von Delfen gefolgt seien. Alle bestritten weiter, Waffen bei sich

getragen zu haben. Die die Polizei mittelst, wurden Waffen bei den Verdächtigten tatsächlich nicht gefunden. Sie sollen aber im Straß verstreut gelassen haben. Im Gewahrsam der Polizei befinden sich bisher zwei Karabiner, eine Armespistole, eine Mausepistole, ein Browning, drei Stielhandgranaten und einiges andere.

Rittergutsbesitzer v. Delfen erklärt zu den Vorgängen auf seinem Schloß folgendes: Vor einigen Tagen kam ein junger Mann zu mir und sagte, es bestände die Gefahr, daß in der Nacht zum Mittwoch in Breslau ein Putz von links losgehe und die rote Diktatur ausgerufen werden solle. Die Nationalsozialisten befürchteten, daß dabei in erster Linie gegen die nationalsozialistische Jugend vorgegangen werden würde. Die Wohnungen dieser jungen Leute seien den Gegnern der Polizei bekannt. Der junge Mann bat mich aus diesem Grunde, der nationalsozialistischen Jugend vorübergehend Aufnahme zu gewähren. Ich hatte hiergegen keine Bedenken, zumal mein Schloß leer steht und ich schon öfter die Räume Rechtsverbänden zur Verfügung gestellt hatte. Ich stellte aber zur Bedingung, daß keinesfalls Waffen mitgebracht werden dürften. So war die Abmachung. Gestern abend sind nun etwa 300 bis 400 Nationalsozialisten gekommen. Ich habe sie nicht einzeln sehen, ich war schon um 11 Uhr schlafen gegangen. In der Nacht erschienen plötzlich Polizeibeamte aus Breslau und nahmen eine Durchsuchung im Schloß vor. Dabei sollen, soweit ich weiß, an Waffen nur Messer und Scheintodpistolen gefunden worden sein. Das Breslauer Polizeipräsidium hatte 200 Mann Schutzpolizei auf mein Besitztum geschickt.

Wie die politische Leitung der NSDAP in Berlin zu den Vorgängen in Sechszowik mittelst, seien seit dem Verbot der Ortsgruppe Breslau aus alle Sturmabteilungen aufgelöst worden, jedoch es sich hier also nicht um eine Sturmabteilung handeln könne. Bei den Festgenommenen soll es sich vielmehr um Mitglieder verschiedener nationaler Verbände handeln.

Preßstimmen.

Berlin, 4. Dez. Die meisten Berliner Morgenblätter unterstreichen in ihrem Stimmungsbild über die gestrige Reichstagsführung die Tatsache, daß es im Gegensatz zu der Eröffnungssitzung nach der Neuwahl nicht zu Vorkommnissen gekommen ist. Die Germania erinnert an die Debatte im Juli über die Rotverordnung, bei der jeder Mann wußte, daß es zur Auflösung kommen werde. Was heute bei einer Annahme der Aufhebungsanträge kommen werde, entziehe sich jeder Voraussicht. Die Bestimmungen der gegenwärtigen Rotverordnung seien für die Weiterführung einer geordneten Staatswirtschaft unentbehrlich. Niemand vermöge eine bessere Lösung an ihre Stelle zu setzen. Die Reichsregierung gewinne durch das abkürzende Verfahren der Rotverordnung Zeit und Ruhe, um sich in allerhöchster Eile anderen wichtigen Aufgaben widmen zu können. Sie werde vor allem wieder an ihre Mission der Preislenkung denken müssen. — Die D. N. Z., die auf die geringe Bedeutung der Rolle des Reichstages unter den heutigen Verhältnissen hinweist, schreibt, daß über die Sitzung des Reichstages ein Hauch von Resignation gelegen habe, die der Stimmung entspreche, daß die üblichen Gesellen nichts mehr bedeuten. Minister Dietrich habe im wesentlichen ein Referat über die technischen Einzelheiten des Etats der Rotverordnung und über ihre Gründe gegeben. — Die B. Z. f. g. hebt als bemerkenswert hervor, daß Dietrich sehr energisch die Lösung der Arbeitslosenversicherung aus der Haushaltswirtschaft des Reiches verteidigt habe. — Die Deutsche Tagesztg. kritisiert die optimistische Auffassung des Finanzministers über die Haushaltslage für 1931. Sie bezeichnet die mehr als oberflächliche Behandlung der Einzelsteuern, der Realsteuer als den schwächsten Punkt der Einzelausführungen Dietrichs. Sein Versuch, Hoffnungen zu erwecken, die sich beim Fortlaufen untragbarer Auslandskredite gar nicht erfüllen können, sei mit allem Ernst zurückzuweisen. — Die B. Z. f. g. betont, daß der Reichsanwalt aus triftigen Gründen doch zu einer abschließenden Schlussfolgerung gelangt sei. So schwarz wie im Juli habe er die Farben nicht mehr auftragen müssen. — Das Berl. Tag. b. l. bezeichnet es als das Wichtigste an der Rede Dietrichs, daß ihr Inhalt im In- und Auslande das Vertrauen der Wirtschaftskreise stärken und beleben werde. — Der Vorwärts weist darauf hin, daß die Regierung sich die Steuern schon selbst bewilligt habe, also ipse die Herr Dietrich temperiert optimistisch und präde den Satz: „Das Reich ist in keiner akuten Gefahr“. Die Ueberweisung der Rotverordnung an den Haushaltsausschuß dürfte sich, so schreibt das Blatt, als ungewöhnlich erweisen, weil bereits die mit der Sozialdemokratie vereinbarten Vorberedungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und bei der Württembergische enthalte. Sollte der Reichstag die Aufhebung der Rotverordnung ablehnen, werde die sozialdemokratische Fraktion für die notwendigen Verbesserungen bei den einzelnen Vorlagen im Wege der Initiativgesetzgebung kämpfen.

Abgabe der Wirtschaftspartei.

Berlin, 3. Dez. In der heutigen Sitzung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei berichtete Professor Dr. Dredt über die Gründe seines Rücktritts als Reichsjustizminister. Die Fraktion stellte mit Befremden fest, daß das Rücktrittsgesuch Dredts vom Reichsanwalt immer noch nicht weitergeleitet ist. Dr. Dredt, der dem Kabinett als Finanzminister angetreten, erklärte, daß er die gesetzgeberischen Maßnahmen, die jetzt als Rotverordnung dem Reichstag zugeleitet worden sind, nicht mehr mitverantworten zu können glaubt. Die in der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 enthaltenen Bestimmungen seien in ihren Auswirkungen in vielen Fällen eine schwere Belastung der Wirtschaft. Sie stehen in schroffem Gegensatz zu dem Sinn der Regierungsverklärung bei Bildung des Kabinetts. Der innen- und außenpolitische Kurs der Regierung Brüning, der eine immer härtere Anlehnung an die als verhängnisvoll erwiesenen Ideen der Sozialdemokratie zeigt, zwingt die Wirtschaftspartei zu dem klaren Erkenntnis, daß das Kabinett Brüning mit seinen unzureichenden Maßnahmen nicht in der Lage ist, die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten zu überwinden.

Bremen, 3. Dez. Prinz Louis Ferdinand, der zweite Sohn des früheren deutschen Kronprinzen, kehrt aus Detroit nach Deutschland zurück.

Mißtrauensantrag.

Berlin, 3. Dez. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Mißtrauensantrag eingebracht.

Im Reichstag ist weiter ein Antrag der deutschnationalen Fraktion eingegangen, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, umgehend einen Untersuchungs-ausschuß einzusetzen mit der Aufgabe, genaue Feststellungen darüber zu treffen, wie weit sich die Roggen- und Floedenflügel der Reichsregierung günstig oder schädlich für die deutsche Landwirtschaft ausgewirkt hat; ob und in welchem Umfang die Bekämpfung richtig ist, daß im Zusammenhang damit unregelmäßige, Kettenhandel oder Scheingeschäfte getrieben worden sind; inwieweit mühselige Gewinne zum Schaden der deutschen Landwirtschaft erzielt wurden und inwieweit Reichsstellen oder in Reichsstellen tätige Personen die Erzielung solcher mühseligen Gewinne gebildet oder begünstigt haben.

Reichsanwalt Dr. Brüning empfing heute den aus seinem Krankheitsurlaub, vorübergehend nach Berlin zurückgekehrten Reichsminister der Justiz, Professor Dr. Dredt. Der Minister teilte dem Reichsanwalt mit, daß er noch heute erneut von Berlin abzureisen gedächte und verabredete mit dem Reichsanwalt, ihn zunächst noch „als beurlaubt“ zu betrachten.

Wie man Fraktionsstärke bekommt.

Eine kleine Schiebung bei den Demokraten.

Berlin, 3. Dez. Der in Schießen für die Deutsche Bauernpartei gewählte Reichstagsabg. Hillebrand hat sich als Sopitane der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei angeschlossen, obwohl er in der Deutschen Bauernpartei bleibt. Im Reichstagsrat des Reichstages wurde daher die Gruppe der Deutschen Staatspartei, die nunmehr mit Hillebrand 15 Mitglieder zählt, als Fraktion anerkannt. (Die Folge ist, daß die Staatspartei nun in den Ausschüssen vertreten sein wird. Dadurch bessert sich die Lage der Regierung insofern, als das Kabinett bisher in einigen Ausschüssen in der Minderheit war, in anderen es nur bis zur Stimmengleichheit bringen konnte. E. B.)

Stillelegungsantrag der oberbairischen Zigarrenfabriken.

Bahn (Baden), 3. Dez. Von den meisten oberbairischen Zigarrenfabriken ist die sofortige Stillelegung ihrer Betriebe beantragt worden, und zwar, wie der Verband oberbairischer Zigarrenfabrikanten mittelst, infolge der vorgeführten verstaatlichten Rotverordnung und der darin enthaltenen, von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen einer Nachverfolgung der unverschuldeten Zigarren und insbesondere der Herabsetzung des Banderolenzulages im Dezember dieses Jahres, wodurch eine Unterbindung des Verkaufes im Dezember und insbesondere des Weihnachtsgeschäftes eintrete. Von der Stillelegung würden etwa 162 Betriebe mit etwa 13 500 bis 15 000 Arbeitern betroffen.

Hankens zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Röhlberg, 3. Dez. Im Hankens-Prozess wurde heute folgendes Urteil verkündet. Der Angeklagte ist des fortgesetzten Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der fortgesetzten öffentlichen Beleidigung in einem Falle und der öffentlichen Beleidigung in zwei Fällen schuldig und wird deshalb zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. Den Beleidigten, nämlich der Reichsregierung, der preussischen Regierung und dem preussischen Minister Steiger wird die Beleidigung durch einmaligen Anschlag öffentlich bekanntgemacht.

Der schleswigsche Bauernführer Hankens hatte, wie im E. B. mitgeteilt, im Februar d. J. Ostpreußen bereist und in Versammlungen der Bauern zur Steuererweigerung aufgefordert, wobei er auch die Mitglieder der Reichsregierung beleidigt haben soll.

Berlin, 3. Dez. Die Nachricht des „Daily Herald“, wonach das britische Luftfahrtministerium dem dritten Offizier der „D. X.“ eine Rechnung in Höhe von 1100 Pfund überreicht hätte, ist, wie Kapitän Christianen erklärt, frei erfunden.

Die Reparationsfrage — eine ökonomische Frage.

Dr. Schacht über seine Eindrücke in Amerika.

Bremen, 4. Dez. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach gestern auf Einladung der Bremer Handelskammer über seine Eindrücke und Erfahrungen in Amerika. Dr. Schacht führte u. a. aus: Für die Notwendigkeit, daß Deutschland seine eigenen Rohstoffgebiete haben müsse, und dafür, daß Deutschland auch ein Siedlungsgebiet haben müsse, wohnt es einen Teil seiner Überbevölkerung abzugeben könne, habe ich das größte Verständnis in allen Kreisen Amerikas gefunden. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Amerika seinen Finger rühren wird, wenn nicht die Abrüstungsfrage weitergeführt wird. Aber eines hat Amerika heute schon völlig begriffen, daß nämlich die Reparationsfrage nicht gelöst werden kann durch irgend welche politischen oder militärischen Prestitionen auf Deutschland. Die Reparationsfrage ist eine ökonomische Frage. Deutschland kann das Geld, das von ihm verlangt wird, nur auf ökonomischem Wege erwerben, und militärische und politische Prestitionen werden keinen Pfennig aus Deutschland herauspressen können. Die Amerika durchaus begriffen hat, daß der Youngplan eine ökonomische Lösung des Reparationsproblems vorliegt, so würde ich es begrüßen, wenn man in Deutschland endlich, anstatt dauernd auf den Youngplan zu scheitern, diese ökonomische Grundtendenz des Youngplanes als Waffe benutzen würde. Der Youngplan sieht vor, daß nur auf ökonomischem Wege die Reparationen erzielt werden können. Ich habe den festen Glauben, daß, wenn Deutschland sein Schicksal selbst in die Hand nimmt, es die anderen Mächte überzeugen würde, doch entweder auf ökonomischem Wege Abhilfe geschaffen werden muß, oder daß dieses Problem ein für allemal verschwinden muß.

Milde Rüge für den Genossen Lüdemann.

Berlin, 3. Dez. Zu der Flaggenangelegenheit des Oberpräsidenten von Niederschlesien, Lüdemann, wird mitgeteilt, daß der Bericht Lüdemanns beim Innenminister eingegangen sei und vom Minister beantwortet ist. Es handele sich bei der Wohnung des Oberpräsidenten nicht um eine Dienstwohnung (?), so daß an sich die Bestimmungen über die Vergütung von Dienstwohnungen keine Anwendung finden. Minister Severing habe aber dem Oberpräsidenten keinen Zweifel darüber gelassen, daß er durch das Zeigen einer roten Flagge nicht den Takt und die Zurückhaltung bewiesen habe, die für einen hohen politischen Beamten nötig seien.

Die deutsche Note gegen Polen.

Berlin, 3. Dez. Die deutsche Protestnote wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ist nunmehr am heutigen Mittwoch der Öffentlichkeit übergeben worden. Das Schriftstück beginnt mit einem Anschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, in dem Reichsaussenminister Curtius darauf hinweist, daß in Polnisch-Oberschlesien in letzter Zeit Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit geschehen sind, die eine marfannte Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 13. Mai 1922 darstellen. Der Generalsekretär wird gebeten, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundesrat gesetzt wird. Es wird im einzelnen nachgewiesen, daß die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien am 16. November bei der Wahl zum Warschauer Sejm und am 23. November bei der Wahl zum Warschauer Senat und zum schlesischen Sejm in weitem Umfang des freien Wahlrechtes beraubt worden ist. Es wird nachgewiesen, daß seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes die deutsche Bevölkerung im polnischen Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gestanden hat. In vielen Ortschaften haben Mitglieder des „Schlesischen Aufständischen Verbandes“ ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreifen sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und schändeten in Gaststätten und Wohnungen nach Deutschen. Tausende von Drohbrieffen wurden an Minderheitenangehörige versandt. In großer Zahl sind Tätlichkeiten und Mißhandlungen aller Art bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten vorgekommen. Geschildert werden dann die Vorgänge in einzelnen Ortschaften, besonders eingehend in Hohen Birken und Golaszowik. Große Teile der deutschen Minderheit seien durch willkürliche Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde ihr die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbundesrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtlosigkeit und Unterdrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Breslau, 3. Dez. An der Universität fanden gestern und heute die Wahlen für die Vertreter der freien Studentenschaft statt. Die katholischen Verbindungen nahmen an der Wahl nicht teil. Die Nationalsozialisten erhielten 22 Sitze, die nationalen Studenten (Korporationen) 7 Sitze, die nationale Einheitsliste für studentische Selbstverwaltung 2 Sitze. Die christlich-nationalen Studenten erhielten keinen Sitz.

Dortmund, 3. Dez. Heute mittag wurde eine Korridorfensterscheibe zu den Geschäftsräumen des holländischen Konsulates eingeschlagen. Der Täter, der 25jährige Student der Medizin Winkelmann, ergriff nach der Tat die Flucht und gab auf einen ihn verfolgenden Konduktanten einen Schuß ab, der fehl ging. Winkelmann konnte verhaftet werden. Anscheinend handelt es sich um einen Racheakt.

London, 3. Dez. Nach einer Meldung aus Kairo verläuft aus gut unterrichteter Quelle, daß die ägyptische Regierung dem Angebot der Firma Krupp, die Renha-Brüde für 173 000 ägyptische Pfund zu bauen, den Aufschlag erteilt hat.

Bei Regen, Wind u. Schnee



NIVEA
CREME
gegen spröde Haut